

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 118-2017
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2017.RRGR.341

Eingereicht am: 02.06.2017

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Guggisberg (Kirchlindach, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 08.06.2017

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Integration ja, aber sinnvoll

Seit nunmehr rund zehn Jahren ist der Integrationsartikel 17 im Volksschulgesetz verankert. Wer mit den Lehrkräften an der Front spricht, kommt zum Schluss, dass dieser Integrationsartikel in der Konsequenz, wie er an Berner Schulen umgesetzt wurde, grosse Auswirkungen auf die Heterogenität in den Volksschulklassen hat, was häufig zu einer Überforderung von Lehrkräften und Schülern führt. In diesem Umfeld können die Schülerinnen und Schüler teilweise nicht mehr das Leistungsniveau erreichen, das nötig wäre, um den Ansprüchen von weiterführenden Schulen oder einer Berufslehre zu genügen. Ausserdem beschäftigen sich offenbar immer mehr Lehrkräfte mit dem Berufsausstieg und der Suche nach einer neuen Tätigkeit. Die ERZ hat diese Probleme zwar zur Kenntnis genommen und versucht mit teuren Zusatzlektionen und dem zunehmenden «Zweilehrersystem» an den einzelnen Klassen die Schwierigkeiten zu entschärfen. Die Gesamtsituation ist jedoch klar unbefriedigend.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Problemkreise an der Berner Volksschule lassen sich auf die Einführung von Artikel 17 VSG zurückführen?

2. Wie haben sich die Gesamtkosten für die Volksschule seit der Einführung des Integrationsartikels entwickelt? Welche Kosten dienen der Herabminderung der negativen Auswirkungen der Integration bzw. lassen sich darauf zurückführen?
3. Wie haben sich die Zahlen der Aussteiger von Lehrkräften aus ihrem Beruf seit Inkrafttreten von Artikel 17 VSG entwickelt?
4. Wie haben sich die gesundheitlichen Schwierigkeiten von Lehrkräften (z. B. Burnout) seit Inkrafttreten von Artikel 17 VSG entwickelt?
5. Wie haben sich die Leistungsniveaus von schwächeren, mittleren und stärkeren Schülerinnen und Schülern seit Inkrafttreten von Artikel 17 VSG entwickelt?
6. Welche Lösungsansätze (gewichtet nach Effizienz) sieht der Regierungsrat für die Verbesserung der Situation auch unter der Berücksichtigung des wirkungsvollen Einsatzes des Bildungsfrankens?
7. Welche Massnahmen in welchem Zeitraum hat der Regierungsrat geplant, um die Gesamtsituation für die Berner Volksschule unter Berücksichtigung folgender Ziele nachhaltig zu verbessern?
 - Verminderung der Heterogenität in den Klassen
 - Verbesserung der Situation für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Kostenfaktors
 - Verbesserung des Leistungsniveaus, damit die weiterführenden Bildungsgänge davon profitieren
8. Wie beurteilt der Regierungsrat die Vor- und Nachteile des sogenannten «australischen Modells», bei dem Schülerinnen und Schüler erst in Regelklassen zugelassen werden, wenn sie Prüfung darüber abgelegt haben über ein Mindestmass an Sprachfähigkeit? Welche Chancen hätte dieses Modell im Kanton Bern?

Begründung der Dringlichkeit: In Kürze wird im Grossen Rat die Änderung des Volksschulgesetzes diskutiert. Eine entsprechende Vorlage der Regierung war bis Mitte Mai in der Vernehmlassung. Die Antworten auf die Fragen gemäss Interpellation müssen möglichst rasch vorliegen, damit die Schlüsse daraus in der kommenden Diskussion betreffend Revision VSG einfließen können.

Verteiler

- Grosser Rat